

768/A(E) XXII. GP

Eingebracht am 25.01.2006

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Grünewald, Freundinnen und Freunde

betreffend Verankerung der Palliativmedizin an den Universitäten

Palliativmedizin ist die umfassende Betreuung von schwerkranken Patienten in einem extrem weit fortgeschrittenen Stadium ihrer Erkrankung, in dem eine Heilung nicht mehr erreicht werden kann. Palliativmedizinische Maßnahmen sind primär auf die Linderung des Leidens hin ausgerichtet.

Die Aufgabe der Palliativmedizin ist es, den Patienten beim Übergang vom Leben zum Tod zu stützen und medizinisch, psychisch, sozial und spirituell zu begleiten und zu behandeln.

Die universitäre Verankerung der Palliativmedizin würde die notwendige Bewusstseinsbildung für palliativmedizinische Probleme unter den zukünftigen ÄrztInnen verbessern.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt wäre die Etablierung von Qualitätsstandards in der Palliativmedizin. So sind auch die vielfältigen post-promotionellen ärztlichen Ausbildungsprogramme in Palliativmedizin zu koordinieren und zu bündeln.

Die universitäre Verankerung von Palliativmedizin würde außerdem bewirken, dass mehr qualifiziertes Personal ausgebildet werden kann, welches dringend benötigt wird, um den Palliativplan flächendeckend umzusetzen.

Derzeit gibt es allerdings nur an der medizinischen Universität Wien eine derartige Professur, die vorerst für 2 Jahre aus privaten Geldern gesponsert wird.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird aufgefordert, in Kooperation mit dem Gesundheitsressort Anreizsysteme zu schaffen, die es den medizinischen Universitäten erleichtern, Professuren für Palliativmedizin einzurichten sowie Lehre und Forschung im Bereich der Palliativmedizin in die zwischen Bundesministerium und Medizinuniversitäten abzuschließenden Leistungsverträge zu integrieren.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuß für Wissenschaft und Forschung vorgeschlagen.